

Niedersachsen: Perspektivvertrag für die Erwachse- nenbildung

Die Niedersächsische Landesregierung und der Niedersächsische Bund für freie Erwachsenenbildung e.V. haben einen »Perspektivvertrag für die Erwachsenenbildung im Land Niedersachsen« unterzeichnet. Dort ist festgelegt, die Bildungsberatung auszubauen, die Grundbildungs- und Alphabetisierungsangebote auszuweiten und die Kooperationen mit den Partnern der Offenen Hochschule Niedersachsen sowie mit den niedersächsischen Schulen zu stärken. Zudem gibt der Perspektivvertrag den Einrichtungen der Erwachsenenbildung bis Ende 2015 Planungssicherheit.

Das Land Niedersachsen schafft mit dem Perspektivvertrag für den Zeitraum von 2013 bis 2015 eine Finanzgrundlage für die Einrichtungen und Aufgaben der Erwachsenenbildung. Ausgehend vom Haushaltsjahr 2012 stehen der Erwachsenenbildung sowie der Agentur für Erwachsenen- und Weiterbildung zusammen Landesmittel in Höhe von 46,8 Millionen Euro zur Verfügung. In dem Vertragszeitraum von 2013 bis 2015 will das Land die Landesmittel um jährlich 1,5 Prozent aufstocken. Das sind rund 700.000 Euro. Zudem trägt das Land ab 2013 anteilig die Tarifsteigerungen beim Personal. Der Vertrag sieht außerdem vor, die Umsetzungsphase des Deutschen Qualifikationsrahmens aktiv mitzugestalten, eine Weiterbildungsplattform mit einer Online-Datenbank aufzubauen und die Aufgaben der Agentur für Erwachsenen- und Weiterbildung und der Landesverbände zu stärken.

»Ehrenamt« als Christenpflicht

Neues Bewusstsein und neue Strukturen gefordert

Bernhard Zimmermann lässt immer noch seinem Ärger freien Lauf. Der gelernte Diplom-Agraringenieur steht mit seinen zwei Gummistiefeln fest auf katholischem Grund. Er ist engagiert, viele Jahre Mitglied im Pfarrgemeinderat, singt im Kirchenchor, arbeitet in einer katholischen Einrichtung. Kirche und Ehrenamt gehören für ihn selbstverständlich zusammen. Was ihn heute noch in Rage bringt, war der Prozess der Gemeindefusion im Bistum Münster. Seine Kirche wurde nicht im Dorf gelassen, sondern die größere Nachbargemeinde ist jetzt zuständig – und seine Zugehörigkeit zum Pfarrgemeinderat damit beendet. »Wir haben alles versucht, unsere kleine Gemeinde zu erhalten, wir wollten die Arbeit auf Gemeinde auch ehrenamtlich aufrechterhalten – aber ohne Erfolg.« Die Fusion wurde vom Bistum durchgezogen. Von ursprünglich 689 Pfarreien im Bistum werden bis 2015 noch knapp 200 übrig sein, viele Pfarreien werden dann 15.000 bis 20.000 Gläubige umfassen.

Ein Beispiel, das die zwiespältige Situation in der katholischen Kirche zeigt: Einerseits gibt es ein bemerkenswertes Potenzial, das selbstverständlich bereit ist, sich nur für Gottes Lohn in der Kirche zu engagieren. Ob im liturgischen Dienst, im Pfarrgemeinderat, in katholischen Verbänden oder in der Dritten-Welt-Arbeit, geschätzt wird, das rund fünf Millionen Menschen in diesem Sektor freiwillig aktiv sind. Andererseits lässt die Kirche nur im beschränkten Maße vor allem die verantwortliche Arbeit von Laien zu. Ein mangels geweihtem Personal nur von Laien geführter Gottesdienst ist ebenso nicht vorgesehen wie die Einsetzung von (ehrenamtlichen) Laien etwa in der Leitung einer Gemeinde (siehe dazu auch den Artikel von Judith Könemann in diesem Heft). Die

Zugehörigkeit zur Kirche und ehrenamtliches Engagement gehören zusammen. Schon eine Studie des Bundesfamilienministeriums zum Verbund der Freiwilligen-Zentren aus dem Jahr 2001 hat ergeben, dass Christen besonders aktiv ist: Während sich 31 Prozent der Konfessionslosen vorstellen können, bei der Caritas oder einem ähnlichen Hilfswerks ehrenamtlich mitzuarbeiten, sind 41 Prozent aller Christen dazu bereit. Eine aktuelle Auswertung des Freiwilligensurveys hat gezeigt, dass die Zugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft eine wichtige Bedingung ist, dass sich Menschen überhaupt freiwillig engagieren (siehe Rezension des Buches von Johannes Emmerich in diesem Heft).

Sendungsauftrag und Ehrenamt

Diese Engagementbereitschaft kommt nicht von ungefähr, sondern ist Teil des katholischen Selbstverständnisses. Alle Getauften und Gefirmten sind aufgefordert, den Sendungsauftrag als Pflicht zu sehen. »Wer sich dieser Pflicht ohne Not entziehe oder ihre Ausübung erschwere oder unterbinde, behindere die glaubhafte Verkündigung der Frohen Botschaft in Wort und Tat«, heißt es in den am 15. Juni 2012 verabschiedeten Arbeitsthesen des Beirats »Priester und Laien« der Gemeinsamen Konferenz von Deutscher Bischofskonferenz und Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK). Deshalb forderte der Beirat der Gemeinsamen Konferenz, die Teilhabe der Laien am Sendungsauftrag der Kirche und an der von der Priesterweihe unabhängigen Leitungsverantwortung deutlicher herauszustellen und strukturell abzusichern. So empfiehlt er, Laien auf Vorschlag ihrer Gemeinde, ihres Verbandes oder ihrer Gemeinschaft

durch den Bischof mit bestimmten Aufgaben förmlich zu beauftragen oder zu senden.

Notwendige Voraussetzung für das Gelingen eines neuen Miteinanders ist nach Überzeugung des Beirates ein Bewusstseinswandel im jeweiligen Selbstverständnis von »Priestern« und »Laien« und damit verbunden der jeweiligen gegenseitigen Erwartungshaltungen. Nicht zuletzt betonen die Arbeitsthesen den Auftrag, Frauen und Männer in mit ihren persönlichen Charismen gleichermaßen am Leben in der Kirche zu beteiligen.

Dass gute Strukturen für ehrenamtliches Engagement notwendig sind, zeigt das Beispiel der Caritas. Der Wohlfahrtsverband startete 1996 mit den ersten Freiwilligen-Zentren. Im Mai 2000 beschloss der Zentralrat des Deutschen Caritasverbandes, die erfolgreiche Modellarbeit im »Verbund Freiwilligen-Zentren im Deutschen Caritasverband« weiterzuführen. Zum Verbund gehören heute 53 Zentren in Deutschland und eines in Österreich. Der Zusammenschluss ist offen für weitere Partner und kooperiert mit allen Verbänden, Arbeitsgemeinschaften und Netzwerken, die bürgerschaftliches Engagement fördern. Rund eine Million Menschen engagieren sich freiwillig über diese Zentren, die die jeweiligen Initiativen beim Aufbau und der Durchführung von Projekten begleiten, Fortbildungen anbieten und eigene Projekte entwickeln. Hinzu kommen Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit sowie Beratung und Kooperation mit Unternehmen.

Kultur des Ehrenamts

Die Katholische Bundesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung KBE hat auf der letzten Mitgliederversammlung in Mainz ein Positionspapier verabschiedet, in dem sie sich dafür ausspricht, durch klare organisatorische und politische Rahmenbedingungen die Stellung von Ehrenamtlichen zu verbessern. Der katholischen Erwachsenenbildung könne dabei eine zentrale Rolle als Ort der Begleitung und Qualifizierung der Freiwilligen zukom-

men. Das Ehrenamt sei zentral für die Zukunft von Kirche und Gesellschaft und müsse darum auf allen Ebenen wesentlich besser unterstützt werden. Dazu zählen geeignete Angebote der Qualifizierung, Genehmigung von Sonderurlaub für ehrenamtliche Arbeit oder eine Anerkennung der erworbenen Fähigkeiten und Kompetenzen durch eine Berücksichtigung im Deutschen Qualifikationsrahmen, heißt es in dem Papier. Innerhalb der Kirche solle mit eindeutigen Regelungen bzw. einer »Kultur des Ehrenamtes« das Ehrenamt gefördert werden. Eine zentrale Rolle können nach Ansicht der KBE die Erwachsenenbildungseinrich-

tungen spielen, insbesondere in den Bereichen Aufnahme und Planung von Freiwilligentätigkeit, Qualifizierung und Kompetenzvermittlung, Stärkung und Motivation sowie Qualifizierung von Hauptberuflichen. Die katholische Erwachsenenbildung biete sich daher – bei entsprechender Ausstattung mit finanziellen und personellen Ressourcen – »als ein kirchlicher Knotenpunkt für Bildung rund ums Ehrenamt an« (siehe dazu auch den Bericht in der EB 2/2012 und die Dokumentation in diesem Heft).

Nach Ansicht der Katholische Frauengemeinschaft Deutschlands wird zukünftig die Erstattung der Kosten,

FiBS: Neue Wege in der Bildungsfinanzierung?

Berechnungen des Forschungsinstituts für Bildungs- und Sozialökonomie (FiBS) in Berlin zeigen, dass der notwendige qualitative und quantitative Ausbau des Bildungswesens über das nächste Jahrzehnt jährliche Mehrinvestitionen von über 10 Milliarden Euro erfordert. Der Bildungshaushalt des Bundes müsste demnach verdoppelt werden, was auch nach einer Abschaffung des Kooperationsverbots nicht zu erwarten ist. Der Bund wird den notwendigen Ausbau nicht alleine finanzieren können, selbst wenn er zusammen mit den Sozialversicherungen überproportional von den Bildungsinvestitionen, die vor allem die Länder tragen, profitiert. Vielmehr müssen Bund und Länder in den kommenden Jahren zum Schuldenabbau beitragen und sparen. Dr. Dieter Dohmen, der Direktor des FiBS, äußerte sich anlässlich der didacta in Köln.

»Um Bildungsmaßnahmen in dieser Höhe finanzieren zu können, müssen neue Wege gegangen werden. Warum nutzt der Staat nicht die Bereitschaft und das Anlageinteresse privater Geldgeber?«, fragt Dohmen. »Kapitalanlagen bringen derzeit meist so mickrige Renditen, dass Anleger offen sind für attraktive Anlageoptionen. Bildung bringt jährliche Renditen von bis zu zehn Prozent für die öffentlichen Haushalte, teilweise sogar mehr.« Nach den Untersuchungen des FiBS könnte zum Beispiel ein Drittel der Erträge an die privaten Anleger ausgeschüttet werden, die der öffentlichen Hand zweckgebunden Kapital für Bildungsinvestitionen bereitstellen. Der international anerkannte Experte für Bildungsfinanzierungsfragen sieht darin für private Anleger eine attraktive Alternative zum Sparkonto.

»Dass weitere Bildungsinvestitionen notwendig sind, daran besteht kein Zweifel«, so Dohmen. »Die Unternehmen klagen über zu wenige Auszubildende, dabei fehlen nicht ausbildungsinteressierte Jugendliche, sondern Jugendliche, die gut vorqualifiziert sind. Stattdessen verlassen immer noch viel zu viele Jugendliche die Schule vorzeitig oder mit unzureichenden Kompetenzen. Dies erfordert mehr Investitionen in frühkindliche Bildung wie in Ganztagschulen. Und auch die Hochschulen werden über die nächsten Jahrzehnte mehr Studienanfänger aufnehmen, als dies in der Vergangenheit der Fall war. Hinzu kommt angesichts starker demografischer Veränderungen und längerer Lebensarbeitszeiten der Weiterbildungsbedarf. Es werden kurzfristig mehr Mittel benötigt, aber all dies trägt auch dazu bei, dass Bildungsinvestitionen immer höhere Renditen abwerfen.«

die im Rahmen eines Ehrenamtes anfallen, immer wichtiger. »Es darf nicht sein, dass Menschen, die sich ehrenamtlich für soziale, gesellschaftliche oder auch kirchliche Belange einsetzen und damit einen unverzichtbaren Beitrag zum Gemeinwohl leisten, finanzielle Nachteile in Kauf nehmen müssen. Im Umkehrschluss hieße dies, dass sich nur noch diejenigen ein Ehrenamt leisten können, die über ein entsprechendes Einkommen verfügen«, kommentierte die Bundesvorsitzende der kfd, Maria Theresia Opladen, das am 1. Februar 2013 im Bundestag verabschiedete Gesetz zur Förderung des Ehrenamts. Dies sieht eine Ausdehnung der Absetzbarkeit von Aufwandsentschädigungen vor. Dabei gehen jedoch die Ehrenamtlichen leer aus, die ihre Auslagen selbst bezahlen, weil ihr Verein zum Beispiel nicht in der Lage ist, diese zu tragen. Die Anerkennung der Förderung von bürgerschaftlichem Engagement als gemeinnütziger Zweck ist im Gesetz nicht enthalten. »Deshalb müssen Vereine und Verbände unbürokratisch gefördert werden, damit sie die Auslagen der Ehrenamtlichen erstatten und darüber hinaus deren fachliche Qualifizierung und Begleitung ermöglichen können. Solange das nicht der Fall ist, müssen alle ehrenamtlich Tätigen die Kosten, die im Rahmen ihres unentgeltlichen Engagements anfallen, steuerlich absetzen können«, so Opladen weiter.

Rolle der Bildungswerke

Gerade die katholischen Bildungswerke vor Ort übernehmen jetzt schon eine wichtige Rolle in Sachen Ehrenamt. Im Bistum Münster gehört zum Beispiel das Thema Ehrenamt zu den wesentlichen Aufgaben der Bildungsarbeit in der Diözese. Die zuständige Fachstelle Bildungsmanagement fördert in Kooperation mit dem Verbund der Katholischen Erwachsenenbildung im Bistum Münster und der Hauptabteilung Seelsorge im Bischöflichen Generalvikariat das ehrenamtliche Engagement in den Bil-

dungsforen durch eine speziell auf die Zielgruppe Ehrenamtliche zugeschnittene Angebotspalette. Durch die Bildung erhalten die Ehrenamtlichen nicht nur eine bessere Qualifikation, sondern die kostengünstigen Kurse dienen auch als ein Instrument der Anerkennung.

Förderung durch Bistum

Im Bistum Rottenburg-Stuttgart geht man noch einen anderen Weg. Der dortige Diözesanrat – gleichzeitig Kir-

chensteuervertretung der Diözese – hat jetzt die langfristige Förderinitiative *Inkonzept* mit einem Finanzvolumen von 1 Million Euro pro Jahr gestartet, mit der jedes Jahr 1.000 Projekte mit 1.000 Euro gefördert werden können. Infrage kommen Kooperationsprojekte mit zwei nicht katholischen und einer Komplementärfinanzierung von anderer Seite in derselben Höhe. Die Fördermittel müssen dabei gezielt für die Ehrenamtlichen eingesetzt werden, zum Beispiel für Fortbildung, spirituelle Anregung oder Supervision.

Michael Sommer

Europäisches Jahr der Bürgerinnen und Bürger 2013

Die Europäische Union hat 2013 zum Europäischen Jahr der Bürgerinnen und Bürger ausgerufen. Die grundlegenden Werte Europas wie Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit gelten nicht nur für die Mitgliedstaaten der EU – die Europäischen Verträge garantieren jedem Unionsbürger individuelle Freiheiten und Rechte. Das »Bürgerjahr 2013« stellt die individuellen Rechte des Unionsbürgers in den Mittelpunkt und möchte sie wieder ins Bewusstsein der Menschen in Europa bringen. Die Aktivitäten im Rahmen des Europäischen Jahres werden weitgehend dezentral umgesetzt. Hierzu stellt jeder EU-Mitgliedstaat ein nationales Programm auf. Die Europäische Kommission (federführend ist die Generaldirektion Kommunikation) unterstützt die nationalen Programme. Seinen Schwerpunkt im Europäischen Jahr hat außerdem der »Bürgerdialog«, eine Dialog-Reihe der Europäischen Kommission in allen Mitgliedstaaten der EU, in deren Rahmen ein EU-Kommissar mit interessierten Bürgern über die Europa diskutiert. In Deutschland hat ein Bürgerdialog am 10. November 2012 in Berlin stattgefunden, ein weiterer ist am 16. Juli 2013 in Heidelberg geplant. Auf europäischer Ebene ist die

European Year of Citizens Alliance, ein Netzwerk von 56 Organisationen, für die zivilgesellschaftliche Begleitung des Jahres zuständig. In Deutschland ist das Auswärtige Amt federführend und verantwortlich für das nationale Programm, das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend für die Ansprache von Jugendlichen. Die Kontaktstelle für zivilgesellschaftliche Organisationen zum Europäischen Jahr 2013 ist bei der Europäischen Bewegung Deutschland eingerichtet. Deutsche Koordinierungsstelle der European Year of Citizens Alliance ist das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement.

Woche des bürgerschaftlichen Engagements

Vom 10. bis 21. September 2013 findet bundesweit erneut die Woche des bürgerschaftlichen Engagements statt. Zahlreiche Projekte, Initiativen oder Stiftungen und viele weitere Veranstaltungen werden in der Woche unter dem gemeinsamen Motto »Engagement macht stark!« im Fokus der Öffentlichkeit stehen und besonders gewürdigt. Weitere Infos: www.b-b-e.de.

Emanzipative Bildung

Fachtagung zur Professionsentwicklung

1968, in studentenbewegter Zeit, erschien Oskar Negts Schrift »Soziologische Phantasie und exemplarisches Lernen« und gab wichtige Impulse für die bildungstheoretische Debatte im außerschulischen Bereich. Negts Überlegungen zur Aufgabe politischer Erwachsenenbildung entstanden im eher begrenzten Rahmen einer Neuausrichtung von Arbeiterbildung und innergewerkschaftlichen Auseinandersetzungen. Angeregt durch die Protestbewegung, die das Thema Emanzipation neu auf die Tagesordnung gesetzt hatte und der Proklamierung allseitiger Befriedigung sozialer Ansprüche in der »nivellierten Mittelstandsgesellschaft« (Schelsky) misstraute, rückte Negt in seinem Bildungskonzept, das er zusammen mit dem Erwachsenenpädagogen Adolf Brock entwickelte, Emanzipation in den Mittelpunkt: Die gesellschaftliche Lage der arbeitenden Bevölkerung in der sozialen Marktwirtschaft habe dieses Erfordernis nicht obsolet gemacht, es sei von bleibender Dringlichkeit und müsse im historischen Rückbezug sowie im Blick auf Utopiefähigkeit neu thematisiert werden.

Diskussion mit Oskar Negt

Anfang 2013 fand im Bildungszentrum HVHS Hustedt die Fachtagung »Emanzipative politische Bildung« statt, die knapp 50 Jahre nach der Erstveröffentlichung von Negts Schrift und 25 Jahre nach dem Entwurf seiner »gesellschaftlichen Kompetenzen« Bilanz zog. Konzipiert wurde sie von Brock und der Hamburger Professorin für Erwachsenenbildung Christine Zeuner, wobei die Bilanzierung natürlich mit Blick auf die Weiterentwicklung der Bildungsarbeit erfolgte. Die gut besuchte Tagung ging so vom Rückblick – einer lebendigen

Form von Weiterbildungsgeschichte verbunden mit der Vergewisserung des eigenen Werdegangs – zu einer Standortbestimmung der Profession und zum Ausblick auf die neuen Aufgaben über.

Kompetenzorientierung

Die theoretische Grundlegung politischer Bildung und somit ein reflektiertes Theorie-Praxis-Verhältnis war der eine entscheidende Anstoß von Negts Konzept. Der andere war die Interessenorientierung. Bildungsarbeit sollte an den Interessen der Teilnehmer und Teilnehmerinnen ansetzen, sie sollte von deren Erfahrungen und (Lern-)Bedürfnissen ausgehen und nicht von einem Pensum, dem sich die Lernenden unterzuordnen haben. Mit dieser Orientierung sprach Negt aus, was seitdem in Jugend- und Erwachsenenbildung Konsens ist und was zu großen Teilen die Besonderheit des non-formalen Lernens ausmacht. Und aus diesen Überlegungen leitete er Mitte der 80er-Jahre die Forderung ab, dass sich Bildung auf die Vermittlung gesellschaftlicher Kompetenzen konzentrieren müsse.

Zeuner stellte das Kompetenzmodell vor, wobei sie dessen Systematik herausarbeitete und zugleich Einblick in die praktische Umsetzung am Beispiel des Grundtvig-Projekts »Politische Partizipation durch gesellschaftliche Kompetenzen« gab. Die von Negt ins Auge gefassten sechs Grundkompetenzen lauten: Identitätskompetenz, technologische Kompetenz, Gerechtigkeitskompetenz, ökologische, historische und ökonomische Kompetenz. Das Projekt machte die Impulse deutlich, die von Negts Konzept ausgingen, und zwar lange bevor die Kompetenzdebatte in den bildungspolitischen Vordergrund rückte. Zeuner belegte

mit ihrer Weiterentwicklung des ursprünglichen Ansatzes, dass gerade ein solcher gesellschaftlicher Kompetenzbegriff dazu geeignet ist, die Entfaltung politischer Urteilsfähigkeit bei den Teilnehmenden zu fördern und so einem funktionalistischen Verständnis von Kompetenz entgegenzuwirken, das primär an einem flexiblen, allzeit verfügbaren Individuum interessiert ist.

Negt nahm an der Tagungsdiskussion regen Anteil. Er legte angesichts des vielfachen Verlusts von Bindungen im neoliberalen Mainstream vor allem Wert auf die erwachsenenpädagogische Neubelebung des Themas Solidarität (vgl. seinen Aufsatz »Solidarität und das Problem eines beschädigten Gemeinwesens« in: EB 1/2002). Seine Schrift von 1968 soll in einer überarbeiteten und aktualisierten Fassung Ende 2013 erscheinen.

Johannes Schillo

Volkshochschulen kooperieren mit »Apotheken Umschau«

Der Deutsche Volkshochschulverband hat eine Kooperation mit dem Wort & Bild Verlag (Apotheken Umschau) gestartet. Derzeit laufen im Rahmen der Kooperation mindestens 1.000 Kurse in den Bereichen »Pilates«, »Fit im Alltag« und »Rücken fit«. Der Verband stellt zu diesen Bereichen mit dem Verlag abgestimmte Materialien und Ausschreibungstexte bereit. Teilnehmermaterialien mit zusätzlichen Hintergrundinformationen, Übungsreihen für zu Hause und weitere Bausteine werden bis Ende des Jahres vom W & B erstellt und können von allen Teilnehmern und Kursleitungen online abgerufen werden. Darüber hinaus wird der Verlag die Kurse in der »Apotheken Umschau« redaktionell begleiten. Eine Weiterentwicklung der Kooperation auf andere Themen aus Entspannung und Ernährung ist erwünscht und wird angestrebt.

Barrierefreie Weiterbildung noch nicht flächendeckend

wbmonitor-Befragung 2012

80 Prozent der Weiterbildungseinrichtungen sind gänzlich oder zumindest in Teilen barrierefrei. Das ist ein zentrales Ergebnis der wbmonitor-Befragung 2012, das das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) und das Deutsche Institut für Erwachsenenbildung – Leibniz-Zentrum für Lebenslanges Lernen (DIE) jetzt vorgelegt hat. Das Wirtschaftsklima in der Weiterbildungsbranche ist in Bezug auf alle Anbieter im Vergleich zum Vorjahr konstant, wobei die Polarität zwischen betrieblich und arbeitsagenturfinanzierten Anbietern bestehen bleibt.

35 Prozent der Anbieter weisen eine vollständige räumliche Barrierefreiheit von Veranstaltungs- und Sanitär-räumen auf. Weitere 45 Prozent sind zumindest teilweise räumlich barrierefrei. Vor allem größere Weiterbildungsanbieter verfügen über barrierefreie Räume. Doch auch zwischen Anbietertypen gibt es gravierende Unterschiede: Während die Barrierefreiheit bei wirtschaftsnahen Einrichtungen in über 50 Prozent der Fälle gegeben ist, liegt die Quote vollständiger Barrierefreiheit bei Volkshochschulen bei lediglich 20 Prozent.

Die UN-Behindertenrechtskonvention verlangt, dass Menschen mit Behinderung gleichberechtigten Zugang auch zu Erwachsenenbildung und lebenslangem Lernen haben und hierfür »angemessene Vorkehrungen« zu treffen sind (siehe dazu Themenheft EB 4/2011). wbmonitor ist ein Kooperationsprojekt von BIBB und DIE. Mit einer jährlichen Umfrage bei Anbietern allgemeiner oder beruflicher Weiterbildung will wbmonitor zu mehr Übersicht über die Weiterbildungslandschaft und die Anbieterstrukturen beitragen und Veränderungen aufzeigen. An der wbmonitor-Umfrage 2012 beteiligten sich rund 1.300 Weiterbildungsanbieter. Siehe auch www.wb-monitor.de.

AUS DER KBE

Publikation zum Ehrenamt erschienen

Katholische Erwachsenenbildung in Deutschland ist ohne ehrenamtliches Engagement undenkbar! So ist die Katholische Erwachsenenbildung in besonderer Weise herausgefordert, ihren Fokus auf die Bedingungen ehrenamtlichen Engagements in Kirche, in Gesellschaft, aber auch auf die eigenen Strukturen zu richten, eine adäquate Ist-Analyse vorzunehmen,

»Kirche findet Stadt«

Im Rahmen des Projektes Kirche findet Stadt 2011 und 2012 haben sich die Evangelischen und Katholischen Akademien mit Tagungen beteiligt. Kooperationspartner der beteiligten Akademien waren neben der Diakonie Deutschland und dem Deutschen Caritasverband unterschiedliche städtische und andere öffentliche Einrichtungen, wissenschaftliche Institute, zivilgesellschaftliche Organisationen wie Stiftungen und Stadtteilinitiativen sowie Wohnungsbaugesellschaften. Die Beiträge und Fragestellungen in der Dokumentation verdeutlichen die Bandbreite des Themas, das als Pilotprojekt von der Nationalen Stadtentwicklungspolitik unterstützt wurde. Mit Beiträgen der Standortinitiativen sowie des öffentlichen Diskurses, der über die Veranstaltungsplattform entwickelt wurde sowie mit Beiträgen aus sozialwissenschaftlicher und stadtentwicklungspolitischer Perspektive und zur zivilgesellschaftlichen Entwicklung in den Städten und Gemeinden sowie einer Reflexion aus wohlfahrtsverbandlicher und theologischer Perspektive. Handlungsempfehlungen und Perspektiven versuchen einen Ausblick auf die zukünftigen Herausforderungen für alle Akteure, die sich für eine integrierte Stadtentwicklung einsetzen, zu geben.

Weitere Informationen und Downloads der Dokumentation: www.kirche-findet-stadt.de

aktuelle Herausforderungen zu benennen und notwendige Veränderungen zu beschreiben.

Das Ergebnis, erarbeitet von der Kommission »Engagement und Bildung« und verabschiedet von der KBE-Mitgliederversammlung, liegt nun in einer Veröffentlichung vor.

Die KBE möchte mit ihrem Impulspapier die Reflexion und Diskussion innerhalb der Einrichtungen der Katholischen Erwachsenenbildung und darüber hinaus anregen und zur nachhaltigen Verbesserung der Förderung von ehrenamtlichem Engagement beitragen.

Teile des Papiers sind in diesem Heft unter in der Rubrik »Materialien« abgedruckt.

ÜberLebensKunst

Heute über die Welt von morgen nachdenken. Visionen für verantwortliches Leben im globalen Horizont entwickeln, sodass alle Menschen in der einen Welt jetzt und zukünftig gut leben können! Das ist das Anliegen des Bildungsprojektes »ÜberLebensKunst«, das MISEREOR gemeinsam mit der Stiftung »Zukunft der Arbeit und der sozialen Sicherung« (ZASS) der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung (KAB) und in Kooperation mit der Katholischen Bundesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung (KBE) in 2013 durchführt.

ÜberLebensKunst will Menschen ermutigen und befähigen, sich gegenüber den großen Herausforderungen der Weltgesellschaft zu positionieren. Es gilt, Vorschläge zu machen, Visionen zu beschreiben und sich mit den zu veröffentlichenden Ideen in den gesellschaftlichen und politischen Diskurs einzubringen. Dazu werden Fortbildungen angeboten und Materialien und Medien für die Bildungsarbeit erstellt.